

No. 35366

**Austria
and
Italy**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Austria and the Government of the Italian Republic on the taking-over of persons at the border. Vienna, 7 October 1997

Entry into force: 1 April 1998 by notification, in accordance with article 16

Authentic texts: German and Italian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 16 November 1998

**Autriche
et
Italie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Autriche et le Gouvernement de la République d'Italie relatif à la prise en charge des personnes à la frontière. Vienne, 7 octobre 1997

Entrée en vigueur : 1er avril 1998 par notification, conformément à l'article 16

Textes authentiques : allemand et italien

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 16 novembre 1998

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze

Die Bundesregierung der Republik Österreich und die Regierung der Italienischen Republik sind zum Zweck der Erleichterung der Übernahme von Personen an der Grenze zwischen den beiden Staaten wie folgt übereingekommen:

Abschnitt 1

Übernahme von Staatsangehörigen der Vertragsstaaten

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalität auf ihr Gebiet alle Personen, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, sofern nachgewiesen wird oder angenommen werden kann, daß diese Personen die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzen.

(2) Der Besitz der Staatsangehörigkeit kann insbesondere mittels Staatsbürgerschaftsnachweis, Reisepaß oder einer Identitätskarte nachgewiesen bzw. angenommen werden, wobei diese Nachweise auch Dokumente einschließen, welche unrechtmäßig oder irrtümlich ausgestellt worden oder nicht mehr als zehn Jahre abgelaufen sind. Die Staatsangehörigkeit kann auch auf Grund anderer Informationen angenommen werden. Näheres wird in der Durchführungsvereinbarung gemäß Art. 14 festgelegt. Falls die Staatsangehörigkeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung der ersuchten Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, den Sachverhalt unverzüglich klarstellen.

(3) Die ersuchende Vertragspartei nimmt unter den gleichen Bedingungen die Person zurück, falls nachfolgende Kontrollen ergeben, daß diese nicht die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei zum Zeitpunkt ihrer Ausreise aus dem Gebiet der Vertragspartei besessen hat, unbeschadet einer allfälligen Übernahme im Sinne des Abschnitts 2 dieses Abkommens.

Abschnitt 2

Übernahme von Drittstaatsangehörigen

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, sofern nachgewiesen wird, daß diese Staatsangehörigen in das Gebiet dieser Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Die Beweismittel im Sinne des Abs. 1 werden in der Durchführungsvereinbarung festgelegt.

(3) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei

gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, wenn diese Staatsangehörigen über einen Sichtvermerk oder über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen, die von der ersuchten Vertragspartei erteilt worden und noch gültig ist.

Artikel 3

Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß Art. 2 besteht nicht für:

- a) Staatsangehörige dritter Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der ersuchenden Vertragspartei haben;
- b) Drittstaatsangehörige, denen nach dem Verlassen des Gebiets der ersuchten Vertragspartei oder nach der Einreise in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei von letzterer ein Sichtvermerk oder eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist;
- c) Drittstaatsangehörige, die sich seit mehr als sechs Monaten auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei aufhalten;
- d) Drittstaatsangehörige, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung von Staatenlosen zuerkannt hat;
- e) Drittstaatsangehörige, die aus Gründen der Staatssicherheit oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer organisierten kriminellen Verbindung oder wegen ihrer Mitgliedschaft zu einer terroristischen Vereinigung von der ersuchten Vertragspartei in ihr Herkunftsland abgeschoben worden sind;
- f) Drittstaatsangehörige, die im ersuchenden Staat einen Asylantrag gestellt haben, für dessen Prüfung dieser zuständig ist, bis zur rechtskräftigen Entscheidung.

Artikel 4

Die ersuchende Vertragspartei übernimmt auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, die nach den Ermittlungen der anderen Vertragspartei nach der Übernahme nicht die in den Artikeln 2 und 3 angeführten Bedingungen zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei erfüllen.

Abschnitt 3

Übernahmeverfahren

Artikel 5

(1) Bei Anträgen auf Übernahme gemäß Abschnitt 2 treten die Innenministerien der beiden Vertragsparteien in direkten Kontakt.

(2) Der Übernahmsantrag muß die Angaben zur Identität, zu den eventuell im Besitz des Drittstaatsangehörigen befindlichen persönlichen Dokumenten, zum Aufenthalt im Gebiet der ersuchten Vertragspartei und zu den Umständen einer unrechtmäßigen Einreise in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei enthalten. Diese Angaben müssen ausreichen, um das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. 2 Abs. 1 feststellen zu können.

(3) Die ersuchte Vertragspartei muß der ersuchenden Vertragspartei grundsätzlich innerhalb von acht Tagen schriftlich ihre Entscheidung mitteilen. Die Ermächtigung zur Übernahme ist einen Monat ab dem Datum der Zustellung gültig. Falls der Betroffene den Justizbehörden des ersuchenden Staates zur Verfügung stehen soll, setzen die Innenministerien einvernehmlich eine Verlängerung dieses Zeitraumes fest.

Artikel 6

(1) Die zuständigen Behörden des ersuchten Staates übernehmen auf Ersuchen der zuständigen Behörden des ersuchenden Staates formlos auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, die nicht rechtmäßig aus dem Gebiet des ersuchten in das des ersuchenden Staates eingereist sind und die ihnen innerhalb von 24 Stunden nach der Einreise übergeben werden. Wird die formlose Übernahme abgelehnt, so kann die Übernahme nach Art. 5 beantragt werden.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt Drittstaatsangehörige auf ihr Gebiet zurück, die entsprechend den nach der Übernahme durchgeführten Ermittlungen der anderen Vertragspartei rechtmäßig

über die gemeinsame Grenze aus dem Gebiet der ersuchten in das der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind.

Artikel 7

Die Kosten des Transports der Person, um deren Übernahme ersucht wird, bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei gehen zu Lasten der ersuchenden Vertragspartei. Falls erforderlich, übernimmt die ersuchende Vertragspartei die Kosten des Rücktransports.

Abschnitt 4

Durchbeförderung

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei gestattet auf Ersuchen der anderen Vertragspartei die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen, die vom ersuchenden Staat abgeschoben werden. Die Durchbeförderung kann auf dem Land- oder Luftweg erfolgen.

(2) Die ersuchende Vertragspartei ist für den Ablauf der Reise des Drittstaatsangehörigen in den Bestimmungsstaat verantwortlich und nimmt diesen zurück, falls die Durchbeförderungen, aus welchen Gründen auch immer, nicht vollzogen werden kann.

(3) Die ersuchende Vertragspartei garantiert der ersuchten Vertragspartei, daß der Drittstaatsangehörige, für den die Durchbeförderung genehmigt werden soll, das Recht zur Reise in den Bestimmungsstaat hat.

Artikel 9

(1) Falls die Durchbeförderung auf dem Landweg erfolgt, stellt die ersuchte Vertragspartei die Begleitung der abzuschickenden Person durch eigenes Personal sicher.

(2) Falls die Durchbeförderung auf dem Luftweg und unter Begleitung durchgeführt wird, muß diese von der ersuchenden Vertragspartei beigestellt werden. Zur Überwachung der Zwischenlandung auf den Flughäfen der ersuchten Vertragspartei stellen deren Organe jede erforderliche Unterstützung sicher. Die Organe der ersuchenden Vertragspartei dürfen die internationalen Zonen der Flughäfen nicht verlassen.

(3) Die Vertragsparteien werden die Modalitäten der Begleitung entsprechend den Regelungen der *Convention on International Air Services*.

Artikel 10

(1) Der Durchbeförderungsantrag wird auf direktem Weg zwischen den Innenministerien der Vertragsparteien übermittelt.

(2) Der Antrag hat die Informationen über die Identität und die Staatsangehörigkeit des Drittstaatsangehörigen, das Datum der Einreise, die Uhrzeit und den Ort der Ankunft im ersuchten Vertragsstaat zu enthalten und im Fall der Durchbeförderung auf dem Luftweg auch die voraussichtliche Zeit der Abreise aus letzterem und Informationen hinsichtlich des Begleitpersonals. Der Antrag muß weiters die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen gemäß Art. 3 Abs. 3 gegeben und keine Ablehnungsgründe gemäß Art. 11 bekannt sind.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen wegen des Nichtvorliegens der Voraussetzungen ab, so teilt sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mit.

Artikel 11

Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müßte oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

Artikel 12

Die Kosten des Transports bis zur Grenze des Bestimmungsstaates sowie für einen eventuellen Rücktransport gehen zu Lasten der ersuchenden Vertragspartei.

Abschnitt 5
Schlußbestimmungen
Artikel 13

Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Verpflichtungen der Vertragsstaaten aus der Anwendung anderer internationaler Abkommen hinsichtlich der Übernahme oder Rückübernahme von fremden Staatsangehörigen unberührt.

Artikel 14

Die erforderlichen Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens werden in einer gesonderten Vereinbarung festgelegt, insbesondere hinsichtlich:

- a) der Vorgangsweise bei der Verständigung und der zuständigen Stellen;
- b) der Modalitäten und Orte der Übernahme;
- c) der für die Übernahme erforderlichen Beweismittel und anderen Unterlagen;
- d) der Umstände, unter denen eine rechtswidrige Einreise anzunehmen ist;
- e) der Modalitäten der Durchbeförderung;
- f) den Kostenersatz;
- g) der Abhaltung von Expertengesprächen.

Artikel 15

Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft mit dem ersten Tag des zweiten Monats nach der gegenseitigen Mitteilung auf diplomatischem Weg, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt der Notenwechsel zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze vom 22. April 1963 außer Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es kann auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen am ersten Tag des sechsten Monats nach Einlangen der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Oktober 1997 in zwei Urschriften in deutscher und italienischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesregierung der Republik Österreich:
Karl Schlögl m. p.

Für die Regierung der Italienischen Republik:
Piero Fassino m. p.

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

ACCORDO

**tra il Governo Federale della Repubblica d'Austria e il Governo della Repubblica Italiana
sulla riammissione delle persone alla frontiera**

Il Governo Federale della Repubblica d'Austria ed il Governo della Repubblica Italiana, al fine di facilitare la riammissione delle persone alla frontiera tra i due Paesi, hanno convenuto quanto segue:

Titolo I

Riammissione dei cittadini delle parti contraenti

Articolo 1

1. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, a richiesta dell'altra Parte Contraente e senza formalità, tutte le persone che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso e di

soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, nella misura in cui sia stato stabilito o possa presumersi che le stesse posseggano la cittadinanza della Parte Contraente richiesta.

2. Il possesso della cittadinanza può in particolare essere stabilito o presunto sulla base di un certificato di cittadinanza, di un passaporto o di una carta d'identità, comprendendo in tale documentazione anche i documenti irregolarmente o erroneamente rilasciati o scaduti da non più di 10 anni. La cittadinanza può essere presunta anche in base ad altre informazioni. Ulteriori elementi verranno stabiliti nell'Intesa esecutiva di cui all'art. 14. Se la cittadinanza non può essere stabilita con certezza, la Rappresentanza diplomatica o consolare della Parte Contraente richiesta, cui si presume appartenga la persona in questione, chiarirà il caso senza indugi.

3. La Parte Contraente richiedente riammette alle stesse condizioni la persona, se controlli successivi dimostrano che non possedeva la cittadinanza della Parte Contraente richiesta al momento della sua uscita dal territorio della Parte Contraente, salvo l'eventuale riammissione ai sensi del Titolo II del presente Accordo.

Titolo II

Riammissione di cittadini di stati terzi

Articolo 2

1. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, a richiesta dell'altra Parte Contraente, i cittadini di uno Stato terzo che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso o di soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, nella misura in cui viene comprovato che tali cittadini sono entrati sul territorio di questa Parte dopo aver soggiornato o essere transitati attraverso il territorio della Parte Contraente richiesta.

2. I mezzi di prova ai sensi del comma 1 verranno stabiliti nell'Intesa esecutiva.

3. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, su richiesta dell'altra Parte Contraente, i cittadini di uno Stato terzo che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso o di soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, allorché questi cittadini dispongono di un visto o di un titolo di soggiorno, rilasciato dalla Parte Contraente richiesta, in corso di validità.

Articolo 3

1. L'obbligo di riammissione previsto dall'art. 2 non sussiste per:

- a) i cittadini di Stati terzi che hanno una frontiera comune con la Parte Contraente richiedente;
- b) i cittadini di Stati terzi ai quali, dopo la partenza dal territorio della Parte Contraente richiesta o dopo l'ingresso sul territorio della Parte Contraente richiedente, è stato rilasciato da questa ultima Parte un visto o un titolo di soggiorno;
- c) i cittadini di Stati terzi che soggiornano da più di 6 mesi sul territorio della Parte Contraente richiedente;
- d) i cittadini di Stati terzi ai quali la Parte Contraente richiedente ha riconosciuto sia lo status di rifugiato in applicazione della Convenzione di Ginevra del 28 luglio 1951, relativa allo status dei rifugiati, così come emendata dal Protocollo di New York del 31. gen. 1967, sia lo status di apolide in applicazione della Convenzione di New York del 28. settem. 1954, relativa allo status degli apolidi;
- e) i cittadini di Stati terzi che, per motivi di sicurezza nazionale ovvero perché appartenenti ad associazioni criminali organizzate o per la loro appartenenza ad un'associazione terroristica, sono stati espulsi dalla Parte Contraente richiesta verso lo Stato di provenienza.
- f) i cittadini di Stati terzi che hanno presentato una domanda di asilo nello Stato richiedente, che risulta essere competente per l'esame della domanda stessa, fino alla decisione definitiva.

Articolo 4

La Parte Contraente richiedente riammette nel proprio territorio i cittadini di Stati terzi che, dopo accertamenti posteriori alla riammissione effettuati dall'altra Parte Contraente, non soddisfano le condizioni fissate agli articoli 2 e 3 al momento dell'uscita dal territorio della Parte Contraente richiedente.

Titolo III

Procedure di riammissione

Articolo 5

1. Le domande di riammissione presentate in applicazione del Titolo 2 sono oggetto di comunicazione diretta tra i Ministeri dell'Interno delle due Parti Contraenti.

2. La domanda di riammissione dovrà specificare i dati relativi all'identità, ai documenti personali eventualmente in possesso del cittadino dello Stato terzo, al suo soggiorno nel territorio della Parte richiedente e alle circostanze del suo ingresso irregolare nel territorio della Parte richiedente. Tali dati dovranno essere adeguati per accertare l'esistenza delle condizioni di cui all'art. 2 comma 1.

3. La Parte richiedente deve comunicare per iscritto la propria decisione alla Parte richiedente, in linea di massima entro otto giorni. L'autorizzazione di riammissione ha la validità di un mese dalla data della sua notifica. Qualora l'interessato debba rimanere a disposizione dell'Autorità giudiziaria dello Stato richiedente, i Ministeri dell'Interno stabiliranno di comune accordo una proroga di detto termine.

Articolo 6

1. Le Autorità competenti dello Stato richiesto riammettono nel proprio territorio, su domanda delle competenti Autorità dello Stato richiedente e senza formalità, i cittadini di Stati terzi che, provenendo dal territorio dello Stato richiesto, siano entrati irregolarmente nel territorio dello Stato richiedente e che siano loro consegnati entro 24 ore dopo tale ingresso. Qualora la riammissione senza formalità venga rifiutata, può essere richiesta la riammissione in base all'art. 5.

2. La Parte Contraente richiedente riammette nel proprio territorio i cittadini di Stati terzi che, dopo accertamenti posteriori alla riammissione effettuati dall'altra Parte Contraente, risultano essere entrati regolarmente nel territorio della Parte Contraente richiedente, attraverso la frontiera comune, provenendo dal territorio della Parte Contraente richiesta.

Articolo 7

Sono a carico della Parte Contraente richiedente le spese di trasporto fino alla frontiera della Parte Contraente richiesta della persona di cui è domandata la riammissione. Qualora necessario, la Parte Contraente richiedente si assume le spese del ritorno.

Titolo IV

Ammissione in transito

Articolo 8

1. Ciascuna delle Parti Contraenti permette, su richiesta dell'altra Parte Contraente, il transito dei cittadini di Stati terzi che sono stati allontanati dallo Stato richiedente. Il transito può avvenire per via terrestre o per via aerea.

2. La Parte Contraente richiedente assume la responsabilità del viaggio del cittadino dello Stato terzo verso lo Stato di destinazione e riammette tale cittadino qualora il transito non possa essere effettuato per qualsiasi motivo.

3. La Parte Contraente richiedente garantisce alla Parte Contraente richiesta che il cittadino dello Stato terzo, il cui transito deve essere approvato, ha diritto a recarsi nello Stato di destinazione.

Articolo 9

1. Se il transito avviene per via terrestre, la Parte Contraente richiesta assicura l'accompagnamento della persona da trasferire con il proprio personale.

2. Se il transito avviene per via aerea e con accompagnamento, questo è assicurato dalla Parte Contraente richiedente. Per la vigilanza durante gli scali negli aeroporti della Parte Contraente richiesta, gli organi di questa ultima assicurano l'assistenza necessaria. Gli organi dello Stato richiedente non possono abbandonare la zona internazionale degli aeroporti.

3. Le Parti Contraenti stabiliranno le modalità dell'accompagnamento in conformità con le regole dell'Intesa esecutiva.

Articolo 10

1. La domanda di transito è effettuata direttamente tra i Ministeri dell'Interno delle Parti Contraenti.

2. La domanda contiene le informazioni sulla identità e la cittadinanza del cittadino dello Stato terzo, la data d'ingresso, l'ora e il luogo di arrivo nello Stato richiesto, ed in caso di transito aereo, il momento in cui è prevista la partenza dal territorio dello Stato di transito e informazioni sul personale di accompagnamento. La domanda deve inoltre contenere la dichiarazione che si verificano le condizioni di cui all'art. 8, comma 3 e che non sono noti motivi di rifiuto ai sensi dell'art. 11.

3. Qualora la Parte Contraente richiesta rifiuta la domanda per insussistenza dei suoi presupposti, i motivi del rifiuto sono comunicati alla Parte Contraente richiedente.

Articolo 11

Il transito non è richiesto e può essere rifiutato, qualora il cittadino di uno Stato terzo, nello Stato di destinazione o in un altro Stato ove possa essere ulteriormente trasferito, corra il pericolo di subire trattamenti o pene inumani o degradanti o la pena di morte, oppure la sua vita o la sua libertà possano essere messe in pericolo per motivi di razza, religione, nazionalità, appartenenza ad un determinato gruppo sociale o per le sue idee politiche. Il transito può essere altresì rifiutato nel caso in cui il cittadino di uno Stato terzo sia assoggettabile a procedimento penale nello Stato richiesto o sia soggetto a procedimento penale nello Stato di destinazione o in altro Stato ove possa essere ulteriormente trasferito.

Articolo 12

I costi del trasporto fino alla frontiera dello Stato di destinazione, nonché dell'eventuale trasporto di ritorno, sono a carico della Parte Contraente richiedente.

Titolo V

Disposizioni finali

Articolo 13

Le disposizioni del presente Accordo non pregiudicano gli obblighi delle Parti Contraenti derivanti dalla applicazione di altri Accordi internazionali relativi alla ammissione o alla riammissione di cittadini stranieri.

Articolo 14

Le disposizioni necessarie ai fini della esecuzione del presente Accordo saranno adottate mediante una specifica Intesa, in particolare per quanto riguarda:

- a) Le modalità delle comunicazioni e gli organi competenti;
- b) Le modalità e i luoghi della riammissione;
- c) I mezzi di prova e altri elementi necessari per la riammissione;
- d) La definizione delle circostanze in presenza delle quali deve ritenersi sussistere un ingresso illegale;
- e) Le modalità del transito;
- f) Il rimborso delle spese;
- g) Gli incontri tra esperti.

Articolo 15

Le controversie relative all'applicazione ed all'interpretazione del presente Accordo verranno risolte per via diplomatica.

Articolo 16

1. Il presente Accordo entrerà in vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla notifica reciproca per via diplomatica dell'avvenuto espletamento delle procedure nazionali di approvazione.

2. Con l'entrata in vigore del presente Accordo cessa di essere in vigore lo Scambio di Note del 22 aprile 1963 tra il Governo della Repubblica Italiana e il Governo Federale della Repubblica d'Austria per l'accettazione di persone alla frontiera.

3. Il presente Accordo viene concluso per un periodo di tempo indeterminato. Potrà essere denunciato, per iscritto, per via diplomatica. In tal caso l'Accordo cessa di avere vigore il primo giorno del sesto mese successivo alla notifica della denuncia.

FIRMATO a Vienna il sette ottobre millenovecento-novantasette in due esemplari in lingua tedesca e italiana, entrambi facenti ugualmente fede.

Per il Governo Federale della Repubblica d'Austria:
Karl Schlögl m. p.

Per il Governo della Repubblica Italiana:
Piero Fassino m. p.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE ITALIAN REPUBLIC ON THE OF TAKING-OVER OF PERSONS AT THE BORDER

The Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the Italian Republic, with a view to facilitating the taking-over of persons at the border between the two States, have agreed as follows:

TITLE I. THE TAKING-OVER OF NATIONALS OF THE CONTRACTING STATES

Article 1

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party, without any special formalities, take over in its territory all persons who do not or who no longer fulfil the current requirements for entry or stay in the territory of the requesting Contracting Party, if it has been shown or may be assumed that such persons are nationals of the requested Contracting Party.

(2) The possession of nationality may in particular be demonstrated or assumed, as the case may be, on the basis of a nationality certificate, passport or identity card, which documentation also includes documents that have been illegally or erroneously issued or that have been invalid for no more than 10 years. Nationality may also be assumed on the basis of other information. Further details shall be specified in the implementation agreement provided for under article 14. Where nationality cannot be reliably determined, the diplomatic mission or consular post of the requested Contracting Party whose nationality the person is assumed to possess shall clarify the matter without delay.

(3) The requesting Contracting Party shall, without prejudice to any take over within the meaning of Title 2 of this Agreement, take back the person under the same conditions should subsequent checking indicate that this person was not a national of the requested Contracting Party at the time of his departure from the territory of that Party.

TITLE 2. TAKE OVER OF THIRD-COUNTRY NATIONALS

Article 2

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party, take over in its territory third-country nationals who do not or who no longer fulfil the current requirements for entry or stay in the territory of the requesting Contracting Party, if it has been proved that such nationals entered the territory of that Party following a stay in or transit through the territory of the requested Contracting Party.

(2) Evidence within the meaning of paragraph 1 shall be defined in the implementation agreement.

(3) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party, take over in its territory third-country nationals who do not or who no longer fulfil the current requirements for entry or stay in the territory of the requesting Contracting Party, if such nationals are in possession of a visa or residence permit that was issued by the requested Contracting Party and is still valid.

Article 3

The obligation to effect the take-over provided for under article 2 shall not apply to:

(a) Nationals of third States which have a common frontier with the requesting Contracting Party;

(b) Third-country nationals who, following departure from the Territory of the requesting Contracting Party, have been issued by the latter Party with a visa or residence permit;

(c) Third-country nationals who have been staying in the territory of the requesting Contracting Party for more than six months;

(d) Third-country nationals to whom the requesting Contracting Party has either granted refugee status pursuant to the Geneva Convention of 28 July 1951 relating to the status of refugees, as amended by the New York Protocol of 31 January 1967, or whom it has recognized as stateless persons pursuant to the New York Convention of 28 September 1954 concerning the status of stateless persons;

(e) Third-country nationals who, for reasons of national security or their involvement in an organized criminal association or membership in a terrorist organization, have been deported to their country of origin (by the requested Contracting Party);

(f) Third-country nationals who have submitted an application for asylum in the requesting State which the latter is competent to consider, until such time as a final decision has been taken.

Article 4

The requesting Contracting Party shall take back in its territory third-country nationals who, upon investigation by the other Contracting Party following the take-over, are found not to have met the conditions set forth in articles 2 and 3 at the time of their departure from the territory of the requesting Contracting Party.

TITLE 3. TAKE-OVER PROCEDURES

Article 5

(1) The Ministries of the Interior of the two Contracting Parties shall enter into direct contact when dealing with application for take-over in accordance with Title 2.

(2) The take-over application must provide information concerning the identity, any personal documents belonging to the third-country national, his stay in the territory of the requested Contracting Party, and the circumstances of his illegal entry into the territory of

the requesting Contracting Party. Such information must be sufficient to establish whether the conditions provided for under article 2, paragraph 1, apply.

(3) The requested Contracting Party must notify the requesting Contracting Party in writing of its decision within eight days. Authorization for the take-over shall be valid for one month from the date of notification. Should the person concerned be required to remain at the disposal of the judicial authorities of the requesting State, the Ministries of the Interior shall agree an extension of the aforementioned period.

Article 6

(1) The competent authorities of the requested State shall, without formalities and at the request of the competent authorities of the requesting State, take back in their territory third-country nationals who have illegally entered the territory of the requesting State from that of the requested State and who are returned to them within 24 hours after such entry. If take-over without formalities is denied, take-over in accordance with article 5 may be applied for.

(2) The requesting Contracting Party shall, in its own territory, pursuant to an investigation by the other Contracting Party following take-over, take back third-country nationals who are shown to have illegally entered the territory of the requesting Contracting Party from the territory of the requested Contracting Party via the common frontier.

Article 7

The requesting Contracting Party shall bear the costs of transporting the person whose take-over is sought to the frontier of the requested Contracting Party. Where necessary, the requesting Contracting Party shall bear the costs of return transport.

TITLE 4. TRANSIT

Article 8

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party, permit the transit of third-country nationals who have been deported by the requesting State. Transit may be effected by land or air.

(2) The requesting Contracting Party shall bear responsibility for the travel of third-country nationals to the State of destination and shall take back such nationals if transit cannot be effected for whatever reason.

(3) The requesting Contracting Party shall guarantee to the requested Contracting Party that the third-country national for whom transit must be authorized has the right to travel to the State of destination.

Article 9

(1) If transit is to be effected by land, the requested Contracting Party shall ensure that its own personnel escort the person to be deported.

(2) If transit is to be effected by air and under escort, the requesting Contracting Party shall arrange for this. The agencies of the requested Contracting Party shall provide all necessary security assistance for monitoring stopovers at its airports. The agencies of the requesting State may not leave the international areas of such airports.

(3) The Contracting Parties shall determine the method of escort in accordance with the rules specified in the implementation agreement.

Article 10

(1) Applications for transit shall be transmitted directly between the Ministries of the Interior of the Contracting Parties.

(2) The application shall contain information concerning the identity and nationality of the third-country national, the date of entry and the hour and place of arrival in the requested Contracting State and, in the case of transit by air, also the expected time of departure from that State as well as information concerning accompanying personnel. The application shall also include a statement attesting that the conditions provided for under article 8, paragraph 3, have been satisfied and that there exist no grounds for refusal within the meaning of article 11.

(3) Should the requested Contracting Party refuse the application on the grounds that the necessary requirements have not been met, it shall inform the requesting Contracting Party of the reasons for such refusal.

Article 11

Transit shall not be applied for and may be refused if the third-country national is in danger of being subjected in the State of destination or in a possible additional transit State to inhuman or degrading treatment or punishment or to the death penalty, or would be threatened with the loss of his life or freedom for reasons of race, religion, nationality, his membership in a particular social group or political views. Transit may also be refused where the third-country national would be liable to criminal prosecution in the requested State or threatened with criminal prosecution in the State of destination or in a possible additional transit State.

Article 12

The requesting Contracting Party shall bear the costs of transport to the frontier of the State of destination as well as of any return.

TITLE 5. FINAL PROVISIONS

Article 13

The provisions of this Agreement shall not affect the obligations of the Contracting States under other international agreements relating to the taking over or taking back of foreign nationals.

Article 14

The provisions required for the implementation of this Agreement shall be set forth in a separate agreement, in particular concerning:

- (a) Communication procedures and the competent authorities;
- (b) Procedures and locations for take-overs;
- (c) Evidence and other materials needed for take-overs;
- (d) The circumstances under which an illegal entry is to be assumed to have taken place;
- (e) Transit procedures;
- (f) Reimbursement of costs;
- (g) Meetings with experts.

Article 15

Disputes arising in connection with the implementation and interpretation of this Agreement shall be settled through the diplomatic channel.

Article 16

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month after mutual notification (through the diplomatic channel) that the domestic requirements needed for its entry into force have been fulfilled.

(2) With the entry into force of this Agreement, the exchange of notes of 22 April 1963 between the Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the Italian Republic concerning the taking-over of persons at the frontier shall cease to have effect.

(3) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced in writing through the diplomatic channel. In that case, the Agreement shall cease to have effect on the first day of the sixth month following receipt of the denunciation.

Done at Vienna on 7 October 1997 in two original copies in the German and Italian languages, both texts being equally authentic.

**For the Federal Government
of the Republic of Austria:**

KARL SCHLÖGL

**For the Government
of the Italian Republic:**

PIERO FASSINO

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ITA-
LIENNE RELATIF À LA PRISE EN CHARGE DES PERSONNES À LA
FRONTIÈRE

Le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République italienne, afin de faciliter la prise en charge des personnes à la frontière entre les deux États, sont convenus de ce qui suit :

PREMIÈRE SECTION. PRISE EN CHARGE DES RESSORTISSANTS DES ÉTATS CONTRACTANTS

Article premier

1. À la demande de l'une des Parties contractantes, l'autre Partie contractante prend en charge, sur son territoire, sans formalités particulières, toutes les personnes qui ne remplissent pas ou plus les conditions en vigueur sur le territoire de la Partie contractante requérante, portant sur l'entrée et le séjour, dans la mesure où il est prouvé ou présumé que ces personnes possèdent la nationalité de la Partie contractante requise.

2. La nationalité peut être prouvée ou présumée par une attestation de nationalité, un passeport ou une carte d'identité; sont également pris en considération les documents délivrés irrégulièrement ou par erreur, ou ceux qui ne sont pas périmés depuis plus de 10 ans. La nationalité peut aussi être présumée sur la base d'autres informations. Selon l'article 14, les détails seront arrêtés dans l'accord d'application. Au cas où la nationalité ne peut pas être déterminée avec certitude, la mission diplomatique ou consulaire de la Partie contractante requise, dont la personne en cause est vraisemblablement ressortissante, réglera sans délai le problème.

3. La Partie contractante requérante reprend dans les mêmes conditions la personne au cas où des contrôles postérieurs révèlent que cette dernière ne possédait pas la nationalité de la Partie contractante requérante au moment de son départ de la Partie contractante concernée, malgré une prise en charge éventuelle au sens de la section 2 du présent Accord.

SECTION 2. PRISE EN CHARGE DE RESSORTISSANTS DE PAYS TIERS

Article 2

1. Chaque Partie contractante prend en charge sur son territoire, à la demande de l'autre Partie contractante, les ressortissants d'un État tiers qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions nécessaires pour l'entrée ou le séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante, dans la mesure où il peut être prouvé que les ressortissants concernés sont entrés sur le territoire de la Partie contractante en question après avoir séjourné ou transité à travers le territoire de la Partie contractante requise.

2. Les moyens de preuves, au sens du paragraphe 1, sont définis dans un accord pour la mise en application.

3. Chaque Partie contractante prend en charge sur son territoire, à la demande de l'autre Partie contractante, les ressortissants d'États tiers qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions requises pour l'entrée ou le séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante quand lesdits ressortissants disposent d'un visa ou d'un permis de séjour délivré par la Partie contractante requérante et en cours de validité.

Article 3

L'obligation de prise en charge au sens de l'article 2 ne vaut pas pour :

a) Les ressortissants d'États tiers qui ont une frontière commune avec la Partie contractante requérante;

b) Les ressortissants d'États tiers qui, après leur départ du territoire de la Partie contractante requise, ou leur entrée sur le territoire de la Partie contractante requérante, ont obtenu un visa ou un permis de séjour de cette dernière;

c) Les ressortissants d'États tiers qui séjournent depuis plus de six mois sur le territoire de la Partie contractante requérante;

d) Les ressortissants d'États tiers, auxquels la Partie contractante requérante a accordé le statut de réfugié en application de la Convention de Genève du 28 juillet 1951, relative au statut des réfugiés, modifiée par le Protocole de New York du 31 janvier 1967, ou le statut d'apatride aux termes de la Convention de New York du 28 septembre 1954, relative au statut des apatrides;

e) Les ressortissants d'États tiers, qui, pour des mobiles de sécurité nationale ou pour avoir fait partie d'organisations criminelles organisées, ou pour être membre d'une association terroriste, ont été expulsés de la Partie contractante requérante vers l'État d'envoi;

f) Les ressortissants d'États tiers, qui ont présenté une demande d'asile auprès de l'État requérant qui est responsable de l'examen de ladite demande jusqu'à la décision définitive.

Article 4

La Partie contractante requérante prend en charge sur son territoire les ressortissants d'États tiers, qui, après l'enquête postérieure à la remise effectuée par l'autre Partie contractante, ne remplissent pas les conditions fixées aux articles 2 et 3 au moment de la sortie du territoire de la Partie contractante requérante.

SECTION 3. PROCÉDURE DE PRISE EN CHARGE

Article 5

1. La demande de prise en charge présentée en application de la Section 2 fait l'objet de négociations directes entre les ministères de l'Intérieur des deux Parties contractantes.

2. La demande de prise en charge doit contenir les données relatives à l'identité, aux documents personnels éventuellement en possession du ressortissant de l'État tiers, à son séjour sur le territoire de la Partie contractante requise et sur les circonstances de son entrée illégale sur le territoire de la Partie requérante. Ces données doivent être suffisantes pour confirmer l'existence des conditions fixées au paragraphe 1 de l'article 2.

3. La Partie requise doit communiquer par écrit sa décision à la Partie requérante dans un délai maximum de huit jours. L'autorisation de réadmission est valable un mois à partir de la date de sa notification. Au cas où la personne concernée doit se tenir à la disposition de la justice de l'État requérant, les ministères de l'Intérieur décident conjointement de prolonger le délai.

Article 6

1. Les fonctionnaires compétents de l'État requis prennent en charge, sans formalités et à la demande des fonctionnaires compétents de l'État requérant, les ressortissants d'États tiers qui sont entrés illégalement sur le territoire de l'État requérant et qui leur sont remis dans les 24 heures qui suivent leur entrée. Si la prise en charge sans formalités est rejetée, une demande contenant une référence à ce fait doit être formulée pour une prise en charge conforme aux dispositions de l'article 5.

2. La Partie contractante requérante réadmet sur son territoire les ressortissants d'États tiers, si les enquêtes entreprises postérieurement à la prise en charge par l'autre Partie contractante révèlent que les intéressés sont entrés illégalement sur le territoire de la Partie contractante requérante en traversant la frontière commune, en provenance de la Partie contractante requérante.

Article 7

Les frais de transport jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise concernant la personne, dont la réadmission est demandée, sont à la charge de la Partie contractante requérante. Le cas échéant, la Partie contractante requérante assume les frais du voyage de retour.

SECTION 4. TRANSIT

Article 8

1. Chaque Partie contractante autorise, à la demande de l'autre Partie contractante, le transit de ressortissants d'États tiers qui sont expulsés de l'État requérant. Le transit peut s'effectuer par voie terrestre ou aérienne.

2. La Partie contractante requérante assume les responsabilités du voyage du ressortissant de l'État tiers vers l'État de destination et reprend le ressortissant en question si le transit ne peut avoir lieu pour une raison quelconque.

3. La Partie contractante requérante garantit à la Partie contractante requise que le ressortissant de l'État tiers, dont le transit doit être approuvé, a le droit de retourner dans l'État de destination.

Article 9

1. Si le transit est effectué par voie terrestre, la Partie contractante requise assure l'accompagnement de la personne transférée avec son propre personnel.

2. Si le transit est effectué par voie aérienne et avec accompagnement, ce dernier est assuré par la Partie contractante requérante. La surveillance nécessaire, pendant les escales dans les aéroports de la Partie contractante requise, est assurée par des fonctionnaires de cette dernière.

3. Les Parties contractantes mettent au point les modalités de l'accompagnement, conformément aux règlements pertinents.

Article 10

1. La demande de transit est traitée directement entre les ministères de l'Intérieur des Parties contractantes.

2. La demande contient des renseignements sur l'identité et la citoyenneté du ressortissant de l'État tiers, la date d'entrée, l'heure et le lieu d'arrivée dans l'État requis et, en cas de transit par voie aérienne, l'heure à laquelle est prévu le départ du territoire de l'État de transit et des informations sur le personnel assurant l'accompagnement. La demande doit également contenir une déclaration certifiant que les dispositions du paragraphe 3 de l'article 8 sont respectées et qu'aucune raison de refus aux termes de l'article 11 n'est connue.

3. Si la Partie contractante requise rejette la demande au motif que les conditions exigées ne sont pas remplies, elle doit informer l'autre Partie contractante des raisons de son refus.

Article 11

L'autorisation de transit ne doit pas être demandée et peut être refusée si le ressortissant d'un pays tiers risque de subir un traitement inhumain ou la peine capitale, ou si sa vie et sa liberté sont menacées en raison de sa race, de sa religion, de sa nationalité, de son appartenance à un groupe social particulier ou de ses convictions politiques dans le pays de destination ou dans d'autres pays de transit; ou serait passible de poursuites pénales dans le pays de la Partie requise, ou est menacé de poursuites pénales ou de l'exécution d'une condamnation dans le pays de destination ou dans d'autres pays de transit.

Article 12

Les dépenses liées au transit ou au renvoi éventuel de l'intéressé sont à la charge de la Partie requérante.

SECTION 5. DISPOSITIONS FINALES

Article 13

Les dispositions du présent Accord n'affectent pas les obligations des Parties contractantes découlant de l'application des autres Accords internationaux relatifs à la prise en charge et à la réadmission des étrangers.

Article 14

Pour la mise en oeuvre du présent Accord, les ministres de l'Intérieur des Parties contractantes peuvent conclure les accords appropriés portant notamment sur :

- a) Les procédures à suivre pour communiquer entre eux et les fonctionnaires compétents;
- b) Les modalités et le lieu de la prise en charge;
- c) Les renseignements et documents nécessaires pour une prise en charge;
- d) Les circonstances dans lesquelles une entrée illégale est supposée avoir eu lieu;
- e) Les modalités du transit;
- f) Le remboursement des coûts encourus;
- g) L'organisation de discussions auxquelles participeraient des experts.

Article 15

Les différends résultant de l'interprétation et de l'application du présent Accord sont réglés par la voie diplomatique.

Article 16

1. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la notification réciproque par voie diplomatique annonçant que les conditions nationales afférentes à l'entrée en vigueur sont réunies.

2. L'entrée en vigueur du présent Accord rend caduc l'Échange de notes constituant un Accord concernant la prise en charge de personnes à la frontière, du 22 avril 1963, conclu entre le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République italienne.

3. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être résilié par écrit et par la voie diplomatique. Dans ce cas, l'Accord devient caduc le premier jour du sixième mois qui suit la réception de la résiliation.

Fait à Vienne le 7 octobre 1997 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral
de la République d'Autriche :

KARL SCHLÖGL

Pour le Gouvernement
de la République italienne :

PIERO FASSINO

